

Das heutige System des Numerus clausus ist überholt und fehlerhaft SEITE 12

Keine Angst vor Salami und Bratwurst – solange man beim Essen masshält SEITE 13



Die drogenpolitische Ruhe in Bundesbern hält nicht mehr lange. Dynamik kommt aus mehreren Städten, darunter Genf, Basel und Zürich. In diesen Tagen treffen sich deren Vertreter zu einer entscheidenden Sitzung. Es geht um die Lancierung eines Versuchs zur kontrollierten Abgabe von Cannabis. Eine Bewilligung oder gar eine finanzielle Unterstützung durch den Bund ist rechtlich heikel. Doch bevor die Juristen die Konformität mit dem Betäubungsmittelgesetz zu Ende analysiert haben, wird das Projekt die drogenpolitischen Hardliner auf den Plan rufen, die solche Anzeichen einer Liberalisierung mit Argusaugen beobachten. Ein erfolgreicher parlamentarischer Vorstoss reicht, um das Experiment früh zu beerdigen.

Davor fürchtet sich Bundesrat Alain Berset, zumal damit der Versuch eines Neuanfangs in der Drogenpolitik für einige Jahre verunmöglicht wäre. Der in vielen Bereichen geschickt taktierende Gesundheitsminister scheute darum in den letzten Jahren verbindliche Aussagen, ob eine vorläufig auf die Städte fokussierte Hanf-Freigabe beim Bund auf Zustimmung stossen würde. Eine Zuspitzung der Debatte könnte jetzt aber der ganzen Drogenpolitik willkommenen Schwung verleihen.

Die Realität ist anders

Zwar folgt das heutige Betäubungsmittelgesetz mit den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression einem knappen Prinzip. Die kontrollierte Heroinabgabe an Süchtige ist als berühmtestes Beispiel des Bereichs Schadensminderung vom Volk 2008 in einer Referendumsabstimmung bestätigt worden. Eine Ausweitung der Liberalisierung auf andere Drogen stösst hingegen auf Widerstand, zumal der Handlungsdruck, anders als beim Heroin-Elend der 1990er Jahre, nicht mehr so offensichtlich ist. Die seit 2013 bestehende Option, erwachsene Kiffer mit einer Ordnungsbuss statt mit einem Strafverfahren zu belangen, hätte die Diskrepanz zwischen dem strikten Cannabis-Verbot und dem weitverbreiteten Konsum dieser Substanz entschärfen sollen. Doch in vielen Kantonen resultierte daraus eine nicht minder fragwürdige Flut von Bussen.

Das liberale Argument, wonach Erwachsene die Freiheit haben sollen, sich durch den Konsum von psychoaktiven Substanzen mitunter auch zu schädigen, hat es schwer. Dabei ist es einleuchtend, dass kategorische Verbote vor allem den Schwarzmarkt und die Kriminalität national wie international fördern, wie dies hierzulande an den ins Kraut schießenden illegalen Cannabis-Plantagen im Innern von Gebäuden exemplifiziert worden ist. Die Konsumenten bleiben bei einem illegalen Konsum zudem für Behandlungs- und Präventionsangebote schwer erfassbar. So bestehen grosse Unsicherheiten über den tatsächlichen Konsum von Kokain: Abwasseranalysen in Städten deuten auf ein Suchtverhalten hin, das grösser ist, als es anonyme Befragungen eruieren, die bei illegalen Drogen selten die

Bersets Angst vor Drogen

*Das Departement von Bundesrat Berset kann sich nicht mehr vor suchtpolitischen Fragen drücken.
Von Davide Scruzzi*

volle Wahrheit offenbaren. Der heuchlerische Unterschied zwischen Gesetz und Realität wird nicht nur im Gespräch mit jungen Leuten klar. Er ist in Berichten von Suchtfachstellen aktenkundig, wenn diese in Nachtlokalen anonyme Qualitäts-tests von Drogen anbieten und diese ähnlich genutzt werden wie Reifendrucktests an Tankstellen.

Jugendschutz bleibt zentral

Doch die Logik einer liberaleren Regulierung des gesamten Drogenmarkts, die Fachleute schon seit Jahrzehnten vortragen, versandete. Während es Ende der 1990er Jahre noch schien, als würde im Zuge der Revision des Betäubungsmittelgesetzes der Cannabis-Konsum legalisiert, drehte der Wind zu Beginn des neuen Jahrtausends. Eine Liberalisierung scheiterte zuerst im Parlament und dann 2008 – mit der Abstimmung über die Hanfinitiative – auch vor dem Volk. Warum? Eine gesellschaftliche Grundtendenz in Richtung Anpassung und Leistung war nur ein Faktor. Ein anderer wichtiger Grund war 2008 die Angst, dass mit der Aufhebung des heutigen Verbots von Cannabis der Jugendschutz gelockert würde.

Diese Bedenken der Bevölkerung sind ernst zu nehmen. Studien zeigen, dass das Kiffen bei Erwachsenen psychische Beeinträchtigungen hervorruft, die sich bei einem Stopp des Konsums rasch abschwächen. Im Kindes- und Jugendalter kann aber Cannabis für langfristige Schäden sorgen. Der Jugendschutz ist also nicht nur wichtig, weil Minderjährigen das eigenverantwortliche Handeln nicht zugemutet werden kann. Handfeste medizinische Gründe verstärken dieses Schutzbedürfnis. In den letzten Jahrzehnten hat die Lobby der Hanffreunde das Lied des risikolosen Kiffens zu laut angestimmt.

Dass sich Bundesrat Alain Berset bisher vor solchen Stellungnahmen in der Drogenpolitik fürchtete, ist seiner Funktion als Gesundheitsminister angemessen. Nur wenn die Fragen des Jugendschutzes als lösbar erscheinen, wird eine neue Regulierung zum gangbaren Weg. Somit sind die Versuche der Städte, Tests für die Abgabe von Cannabis durchzuführen, nicht als taktische Manöver rot-grüner Gemeinwesen zu beurteilen, welche die bürgerlich geprägten Kammern im Bundeshaus umgehen sollen. Versuche im Kleinen mit begleitenden Studien sind tatsächlich nötig, um die verschiedenen Optionen für eine neue Regulierung derart vertieft auszuloten, dass ein hoffnungreiches Projekt auch den politischen Härtesten im Parlament und allenfalls vor dem Volk bestehen kann. Dabei muss es um Detailfragen gehen; etwa um das Verhindern der Weitergabe von kontrolliert an Erwachsene verkauftem Hanf an Jugendliche. Fairerweise muss man aber eingestehen, dass dieses Risiko auch beim Alkoholverkauf existiert.

Weiterhin gilt: Die Legalisierung von Cannabis ist Sache des Bundes. Städtische Tests sind zeitlich zu befristen und müssen unter knappen Fragestel-

lungen stehen. Alles andere wäre eine unzulässige Missachtung des Willens von Parlament und Volk.

Nur mit einer sorgfältigen Argumentation wird ein neuer Anlauf in der Regulierung von Cannabis und allenfalls auch anderer Suchtmittel politisch mehrheitsfähig.

Die Zustimmung zur Linken ist garantiert. Doch der Freisinn, der 2008 zur Hanfinitiative noch die Ja-Parole beschlossen hat, ist in dieser Frage gespalten: Der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen warnt vor den städtischen Abgabeversuchen, der Tessiner FDP-Nationalrat und Arzt Ignazio Cassis verfehlt die zustimmende Meinung. Die CVP sympathisierte nie mit einer knappen Liberalisierung, während sich in der SVP der harte Kern der Befürworter einer Verbotstrategie findet, mit der Berner SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler als Wortführerin. Fest steht: Im neugewählten Parla-

Nur wenn die Fragen des Jugendschutzes lösbar erscheinen, wird eine neue Cannabis-Regulierung möglich.

ment wird sich eine Allianz für eine neue Drogenpolitik erst noch formen müssen.

Die anfängliche internationale Kritik an den Versuchen mit der kontrollierten Abgabe von Heroin hat gezeigt, dass in der Drogenpolitik auch auf ausländische Tendenzen zu achten ist. In Deutschland planen Städte ähnliche Projekte wie in der Schweiz. In Colorado wird der kontrollierte Verkauf bereits – analog zum Tabak – für die Erhebung von Steuern genutzt. In Uruguay gibt es erste Genehmigungen für Anbau und Verkauf. In Spanien, dessen Toleranz gegenüber Cannabis-Klubs international für Beachtung sorgte, zeigen sich indes gesetzgeberische Tendenzen in Richtung einer vermehrten Repression. Insgesamt ist aber international ein Trend gegen Verbote erkennbar.

Dieser ist nötig, wenn die Sorge jenen gelten soll, die aufgrund des Drogenkonsums in körperliche, psychische, gesellschaftliche und finanzielle Notlagen geraten. Die Überlegungen müssen dabei das enge Feld der Kriminalisierung von Stoffen verlassen und den Bereich der seelischen Gesundheit erreichen. Die Nutzung von berauschenden legalen und illegalen Genuss- und Suchtmitteln, die falsche Einnahme von beruhigenden oder aufputschenden Medikamenten, ja auch übertriebene sportliche Betätigung sind oft versteckte Versuche der Selbstbehandlung psychischer Probleme. In deren Vorbeugung und Heilung liegen die wahren Waffen gegen den Drogenmissbrauch.